

Koray Yılmaz-Günay
Freya-Maria Klinger

Realität Einwanderung



Kommunale Möglichkeiten
der Teilhabe, gegen Diskriminierung

Crashkurs Kommune 9

Crashkurs Kommune 9
Koray Yılmaz-Günay/Freya-Maria Klinger
Realität Einwanderung

Koray Yılmaz-Günay ist Referent für Migration in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Freya-Maria Klinger, seit 2009 migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, ist Mitglied im Sächsischen Flüchtlingsrat und Initiatorin der Chemnitzer Save-Me-Kampagne.

Koray Yılmaz-Günay/Freya-Maria Klinger

Realität Einwanderung

Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe,
gegen Diskriminierung

Crashkurs Kommune 9

Herausgegeben von Katharina Weise

In Kooperation mit der Kommunalakademie
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.kommunalakademie.rosalux.de
<http://kommunalpolitik.blog.rosalux.de/>

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Kommunalpolitische Bildung – Kommunalakademie
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Katharina Weise (Referentin Kommunalpolitische Bildung)
weise@rosalux.de; Telefon 030/44 31 04 70

Landesstiftungen und Regionalbüros der RLS:
<http://www.rosalux.de/nc/stiftung/landesstiftungen.html>

Die Autor_innen und die Herausgeberin danken Daria Szykowska, Salih Wolter, Colin Meier und Lukas Fuchs für ihre Mitarbeit, Beratung und Unterstützung.

Geschlechtergerechte Sprache: In diesem Buch wird der Unterstrich bzw. »Gap« zugunsten einer geschlechtergerechten Sprache benutzt (zum Beispiel Kommunalpolitiker_innen). Dies soll auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und Repräsentation hinweisen und der normativen Zweigeschlechtlichkeit, die nur Frauen und Männer umfasst, entgegenwirken. Sich als transsexuell, transgender und queer begreifende Menschen werden mittels dieser Sprachpraxis ebenso benannt.

Der Pfeil vor einem Begriff (→) verweist auf das Glossar, S. 108ff.



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: Katharina Weise
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-584-1

Inhalt

1. Lokale Antidiskriminierungspolitik statt Kulturkonflikt	7
1.1 Was heißt hier »Deutsch«-Sein?	8
Historische Entwicklung 10 Exkurs: Vertragsarbeit in der DDR 13 Religion – eine Frage der Teilhabe? 14 Das Staatsangehörigkeitsrecht 16 »Bio-Deutsche« und »Deutsche mit Verfallsdatum« 17 Nationale Minderheiten 17 Wer heißt wie? 20	
1.2 Rassismus – Annäherungen an einen lange tabuisierten Begriff	21
In der Mehrzahl denken und handeln 22 Lokale Antidiskriminierungspolitik 25	
2. Erwünschte und nicht erwünschte Einwanderung	27
2.1 Flucht und Asyl – die umkämpfte Einwanderung	27
2.2 Das Aufenthaltsgesetz	30
2.3 Das Asylverfahren und der Alltag	31
Abschiebehaft 32 Unterbringung 34 Medizinische und psychologische Versorgung 39 Residenzpflicht 41 Exkurs: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) 42 Aktuelle Entwicklungen: das neue EU-Asylpaket (2013) 43 Aufnahmeberichtlinie 44 Dublin III und Eurodac 44 Verfahrensrichtlinie 45 »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört« 46	
2.4 Menschen ohne Papiere	48
3. Aufschluss statt Ausschluss – Verwaltung und kommunale Gremien	51
3.1 Ämter und Einrichtungen	51
Zugänglichkeit und Mehrsprachigkeit 52 Zugang zu medizinischer Versorgung/ Gesundheitsamt 53 Bibliotheken und Musikschulen 53 Öffentlicher Personen-nahverkehr (ÖPNV) 54 Ausländer_innen-Behörde 54 Einbürgerung 56 Spracherwerb 58 Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen 59 Migrationsbeauftragte 61 Jugendamt und Jugendhilfeausschuss 64	
3.2 Städte und Gemeinden als Orte des Zusammenlebens	65
Stadt- und Regionalentwicklung 66 Segregation und Schule 69 Religion 70 Moscheen 71 Hinduistischer Tempel 76 Synagogen 76 Friedhofs- und Bestattungsrecht 77 Religiöse Speisevorschriften 78	
3.3 Partizipation in der Kommune	78
Migrant_innenbeiräte und ihre Legitimation 79 Wen erreiche ich mit Bürgerhaus-halten? 81 Lokale Aktionspläne 82	
3.4 Eigene linke Praxis	82

4. Teilhabe in der Kommune fördern	83
4.1 Wie können linke Kommunalpolitiker_innen unterstützen?	83
Feste feiern 83 Awareness im öffentlichen Raum schaffen 84 Städtepartnerschaften 87 Unterbringung von Asylsuchenden 87 Sprachkurse für Asylsuchende 89 Mobilität erhöhen – Fahrradsammelaktion und -selbsthilfewerkstätten 90	
4.2 Zusammenarbeit mit Partner_innen in der Kommune	91
Interkulturelle Gärten 92 »Lampedusa in Hamburg« 92	
4.3 »Partner_innen« über den lokalen Rahmen hinaus	95
4.4 Keine Angst vor Lebenswelten	96
Musik – Kunst – Kultur 99 Save-Me-Kampagne 99 Patenschafts-Programme 100	
4.5 Selbstermächtigung/Empowerment	101
4.6 Weißsein und Critical Whiteness	102
 5. Andere Realitäten schaffen! Was heißt hier Visionen?	104
 Anhang	108
Glossar	108
Literatur.....	111

5. Andere Realitäten schaffen! Was heißt hier Visionen?

Gangbare Lösungen, die den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten der Migrationspolitik vor Ort gerecht werden, lassen sich kommunal oft nur schwer initiieren: Angesichts bundes- und landesrechtlicher Rahmenbedingungen muss sich aber niemand entmutigen lassen. Denn manches Mal ist es vor allem eine *Haltung*, die alternativen und emanzipatorischen Vorschlägen ein Fenster öffnet. Migrations- und vor allem Asylpolitik wird auf lange Sicht ein aktuelles Thema bleiben, auch, weil die Gründe bestehen bleiben, die Menschen dazu bringen, sich in einem anderen Land eine sichere Existenz aufbauen zu wollen. Der erste Schritt wird immer sein, Ein- und Auswanderung als Selbstverständlichkeiten zu betrachten.

→ Asylsuchende sind oft traumatisiert, → Geduldete haben andere Interessen als Menschen mit gesichertem Aufenthalt. Wer gezwungen ist, im Untergrund zu leben, wird wesentlich verletzlicher und erpressbarer sein als andere. Was aber Wissenschaftler_innen, die aus einem Land ins andere ziehen, und Saisonarbeiter_innen in der Landwirtschaft eint, ist die Diskriminierungserfahrung, weil sie als »anders« oder »fremd« wahrgenommen werden. Dieser Wahrnehmung wohnt immer auch eine Abwertung inne. Linke und antirassistische Politik wird immer einen Antidiskriminierungsansatz verfolgen müssen, der auf gleichberechtigte Teilhabe setzt – nach außen gerichtet, aber auch auf sich selbst bezogen. Diskriminierung lässt sich nicht immer »eindeutig« bestimmen. Häufig sind Menschen mit Diskriminierungserfahrung wesentlich länger mit Ausgrenzung und oft sogar Gewalt konfrontiert worden. Die Definitionsmacht, was Diskriminierung ist, sollte bei ihnen liegen, eine linke und antirassistische Unterstützung sollte jenseits von Bekenntnissen empathisch und parteiisch sein. Denn beispielsweise verträgt sich der anti-antisemitische Konsens in der Zeit des Nachkriegs hervorragend mit weit verbreiteten antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung. Das Engagement »gegen Rechts« und »für Vielfalt« wird von derselben Bundesregierung finanziert, die für Abschiebungen, den → nachrangigen Zugang von »Migrant_innen« zum Arbeitsmarkt oder andere strukturell rassistische Rahmenbedingungen verantwortlich zeichnet.

Die Förderung von Teilhabe kann nur dann erfolgreich sein, wenn Migrationspolitik als Querschnittsthema gedacht und bearbeitet wird. Eine gute Sozial- und Wohnungspolitik oder eine auf gleichwertige Chancen gerichtete Bildungs- und Gleichstellungspolitik sind stets auch gute Migrationspolitik. Eine

Aufteilung der Gesellschaft in »Deutsche« und »Nicht-Deutsche« ist dabei so wenig zielführend wie eine Unterteilung der »Migrant_innen« in → Unionsbürger_innen, Drittstaatenangehörige mit gesichertem Aufenthalt, Asylsuchende oder → (Spät-) Aussiedler_innen. Zu beachten gilt nur: Bei der Entwicklung von Lösungsstrategien haben unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten – etwa, was die Teilhabemöglichkeiten bei Wahlen und Abstimmungen angeht. Teilhabeorientierung heißt mal »Weltoffenheit« und mal »Willkommenskultur«. Immer geht sie davon aus, dass auch kommunales Handeln im Dienst der Würde eines jeden Menschen steht.

Linke Kommunalpolitik kann Möglichkeiten der Teilhabe schaffen, die nicht vom Staatsangehörigkeitsrecht abhängig sind. Dies widerspricht nicht der weiterhin notwendigen Forderung nach einem Wahlrecht auf allen Ebenen für alle hier lebenden Menschen. Der Kreis derjenigen, die informiert, befragt oder gezielt eingeladen werden, um ihre Perspektiven einzubringen, kann systematisch erweitert werden. Am Ende sollten vor allem Menschen eingebunden werden, die bisher nicht oder nicht ausreichend gehört wurden. Warum sollten Asylsuchende keine Meinung zu einem »allgemeinen« Bauvorhaben oder im Rahmen eines Bürger_innenhaushalts haben? Oft wird erst der stete Tropfen den Stein höhlen, aber dies trifft ohnehin für viele Fragen zu, die zum Kernbestand linker Politik gehören. Alle Menschen, die auf dem Gebiet einer Kommune wohnen, sollten das Recht haben, Teil der Entscheidungsprozesse zu sein.

Linke Kommunalpolitiker_innen sind in besonderem Maße aufgefordert, sich mit selbstorganisierten Gruppen, Vereinen, Gemeinden oder mit Schlüsselpersonen zu vernetzen. Das wird selten auf Anhieb und vielleicht nicht immer reibungslos funktionieren. Zwischen selbstorganisierten Initiativen von Hartz-IV-Betroffenen, Gruppen, die sich gegen Gentrifizierung einsetzen, feministischen Lesekreisen und einer Moscheegemeinde herrscht zwar nicht automatisch eine Interessensidentität. Eine Schnittmenge für gemeinsame Politik wird sich aber trotzdem in den meisten Fällen herstellen lassen, wenn zum Beispiel ein Bekenntnis zu einer inklusiven Stadt/Gemeinde in den Mittelpunkt gestellt wird.

Dort, wo Sie sich nicht sicher sind, gibt es immer die Möglichkeit, sich zu informieren. Fragen Sie in Organisationen in Ihrem Umfeld nach Literatur und/oder Kontakten, um sich selbst, Ihre Initiative, Gewerkschaftsgruppe oder Parteilgliederung fortzubilden. Das geht am besten, wenn dies nicht spontan geschieht – etwa, weil eine rechtspopulistische Mobilisierung gegen eine Sammelunterkunft oder eine Moschee gestartet wurde. Setzen Sie sich systematisch Ziele, an denen Sie in »ruhigen« Zeiten arbeiten können, ohne dass schnell Antworten gefunden werden müssen. Eine angemessene Repräsentation der lokalen Bevölkerung in Ihren Reihen, in Ihrem Programm, in Ihrer Bibliothek oder bei der Auswahl der Orte, wo Sie Unterschriften sammeln oder einen Stand betreuen,

wird um so einfacher fallen, je aktiver Sie sich mit Menschen und Themen beschäftigt haben, die *auch* in Ihren Kreisen vertreten sein könnten.

Sprache ist eins der mächtigsten Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Durch die Art, wie wir über jemanden oder etwas sprechen, schaffen wir eine Realität oder beeinflussen sie doch immer stark. Die meisten sozialen Beziehungen werden auch durch Sprache hergestellt. Achten Sie doch einmal darauf, wen sie duzen und wen sie siezen. Durch die (An-)Sprache werden nicht nur Informationen oder Handlungsanweisungen weitergegeben. Sprache, so ließe sich einfach sagen, macht Politik. Die historischen Spuren in und die Erfahrungen mit einzelnen Begriffen müssen nicht für alle gleichermaßen relevant sein. Wenn Menschen oft mit Bezeichnungen belegt wurden, die anderen zwar als »normal« vorkommen, von ihnen aber als ausgrenzend empfunden wurden, wird die un-kritische Verwendung solcher Begriffe eine Zusammenarbeit erschweren.

Es wird keinen Sinn haben, Listen mit »belasteten« und »gangbaren« Begriffen anzulegen, um »richtigen« Sprachgebrauch von »falschem« abzugrenzen. Ein sensibler Umgang mit Sprache setzt voraus, sich der Geschichte und Bedeutung bewusst zu sein, die in ihr zum Ausdruck kommen. Wörter, die wir benutzen, sind ja nicht unser Privatbesitz, den wir auf die eine oder die andere Weise »meinen« können. Als gesellschaftliches Werkzeug wird es immer darauf ankommen, was auf der einen Seite »eigentlich« gemeint ist, andererseits aber auch, was darunter verstanden wird. Die Frage, wo jemand herkommt, mag beispielsweise einem ehrlichen Interesse entspringen. Für die gefragte Person mag diese Frage aber ganz andere Assoziationen wecken, zum Beispiel, dass ihr damit häufiger eine vermeintlich andere »Heimat« zugeschrieben wird. Es ist ein elementares Gebot des Respekts, Bevormundung zu vermeiden (zum Beispiel in Form der Nachfrage: »Nein, wo kommst du *wirklich* her?«).

Fremdsprachige Begriffe wie »sans papiers«, »Resettlement« und »Refugees« oder → »People of Color« verweisen auf den eklatanten Mangel an deutschsprachigen Begriffen für Menschen und Realitäten in Deutschland, während andere Begriffe (»Volk« und → »Volkszugehörigkeit«, zum Teil selbst die Bezeichnung »deutsch«) Bedeutungen transportieren, die heute nicht mehr aktuell sein können, weil sie die Bevölkerung nicht adäquat beschreiben. Um eine linke, antirassistische, emanzipatorische Politik zu entwickeln, die den verschiedensten Einwanderungsrealitäten gerecht wird, braucht es vor allem eine konzeptionelle Vision, die der kulturellen, ethnischen und religiösen Diversität Rechnung trägt. Gerechtigkeit – in einem umfassenden Sinn des Wortes – steht nicht umsonst im Mittelpunkt linker Politik. Nur so wird es gelingen, die doppelte Gewalt zu überwinden, die vom Rassismus ausgeht: zum einen die rassistischen Unterscheidungen, die vorgefunden und kritiklos wiederholt werden, und zum anderen die Nicht-Thematisierung genau dieser Verhältnisse.

Der *öffentliche Raum* ist wesentlich mehr als die Summe der Parks, Plätze und Straßen in einer Kommune. Neben der Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung, die in Satzungen oder Gebührenordnungen für die Nutzung des öffentlichen Raums geregelt wird, können weitere Maßnahmen sinnvoll sein, die seine soziale Funktion in den Vordergrund stellen. Gerade dort, wo durch finanziellen Druck viel privatisiert worden ist, sind private und halböffentliche (privatrechtlich genutzte) Orte und Einrichtungen entstanden, wo die jeweiligen Eigentümer_innen per Hausrecht über die Nutzung und vor allem den Nutzer_innen-Kreis entscheiden (Parkhäuser und Tiefgaragen, Parks usw.). Begegnungsräume, die gebührenfrei und bedürfnisgerecht genutzt werden können, sind weniger geworden. Umso wichtiger ist eine Beschäftigung mit Fragen rund um das Gemeinsame.

Vor allem linke Lokalpolitiker_innen, Initiativen, Gewerkschaftsgruppen und engagierte Einzelpersonen können viel dafür tun, dass ein antirassistisches Leitbild nicht nur für die Verwaltung und die Einrichtungen der Kommune verankert wird, sondern auch für die Nutzung des öffentlichen Raums. Die Grundsätze der → Barrierefreiheit und des Gender Mainstreaming lassen sich oft gut ergänzen – zumal geschlechtsspezifische Nutzungen des öffentlichen Raums (wie auch der Angebote des Jugendamtes) in vielen Kommunen dokumentiert sind und einen Anknüpfungspunkt darstellen, der nicht unterschätzt werden sollte.

Debatten um Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit oder Straßenhandel verknüpfen diese Themen oft mit Einwanderung und Einwander_innen. Die Ausweitung von repressiven Maßnahmen vor Ort wird in diesem Zusammenhang zu Unrecht oft mit dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs um Migration und Kriminalität verknüpft und begründet – aber am Ende treffen die Maßnahmen oft *alle*, unabhängig von der Herkunft, der Staatsangehörigkeit oder vom Aufenthaltsstatus. Auch wenn Sicherheits- und Ordnungsbürgermeister_innen nicht alles selbst entscheiden, hat ihr Wort und ihre Positionierung deshalb doch einiges Gewicht, wenn es um das Agieren der Polizei, um Sicherheitskonzepte oder Praktiken wie → »Racial Profiling« geht.

Anknüpfend an gute bestehende Praxis und an eigene Kompetenzen lassen sich vielfältige Strategien für eine Kommune als öffentlichen Raum für alle entwickeln und das lokale Klima entsprechend verschieben. Die freie Entfaltung und Mobilität aller sind ein erreichbares Ziel, gerade in der Lokalpolitik. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe und gegen Diskriminierung und Rassismus sollten sich deswegen an den Problemen und Möglichkeiten vor Ort orientieren. Entscheidender als die Frage, wo jemand herkommt, sollte für eine linke Lokalpolitik immer sein, dass Menschen dort wohnen und arbeiten können, wo sie selbst leben wollen.